

ARGENTINIEN

Kristin Wesemann

Die Auswirkungen des Klimawandels sind auch in Argentinien deutlich spürbar. Starke Regenfälle im Februar, die zu schweren Überschwemmungen in der Provinz Buenos Aires führten, sind keine Besonderheit mehr. Auch schwere Gewitter in der Küstenregion der Provinz Buenos Aires, bei denen immer wieder Urlauber durch Blitzschläge sterben, sind in den



Der Yacyretá-Staudamm am Paraná an der Grenze zwischen Paraguay und Argentinien deckt mit 20 Turbin etwa ein Viertel des argentinischen Stromverbrauchs.

vergangenen Jahren gehäuft aufgetreten. Im Landesinneren und in den Vorgebieten der Anden kommt es hingegen zu Dürren.

Für diese extremen Klimasituationen werden kurzfristige Lösungen der Auswirkungen gesucht, wie die Installation von Blitzableitern an den Stränden von Buenos Aires. Die Pläne zielen darauf ab, die konkreten Risiken für Personen und Gebäude zu senken. Doch an einer langfristigen, nachhaltigen Strategie, wie Argentinien den Herausforderungen des Klimawandels entgegentreten kann, fehlt es. Zwar hat das Land zahlreiche internationale Umweltabkommen wie das CBD, die UNFCCC, das UNCCD und das Kyoto-Protokoll von 2001 ratifiziert. Aber konkrete Verpflichtungen zur Reduzierung der Treibhausgase blieben aus, wie auch nationale und bilaterale Programme.

Die Themen Klimawandel und Erderwärmung spielen in der öffentlichen Meinung kaum eine Rolle. Die großen Tageszeitungen *Clarín* und *La Nación* widmen sich hauptsächlich bei medienwirksamen Großanlässen wie einem Klimagipfel dem Thema, und auch dann nur am Rande. Die Gesellschaft ist insgesamt wenig sensibilisiert, so bleiben konkrete Vorstöße und Maßnahmen meist eine Randaktivität von lokalen NGOs oder der persönlichen Initiative einzelner politischer Akteure.

In Argentinien ist, wie auch in weiten Teilen des Kontinents, die Meinung verbreitet, dass man besonders unter den Auswirkungen des Klimawandels leide, jedoch nicht zu den Hauptverursachern gehöre. Argentiniens Präsidentin Kirchner schließt daraus, dass die Entwicklungsländer keinen Umweltschutz auf Kosten von Wirtschaftswachstum betreiben können. Vor allem die Hauptverursacher des Klimawandels, die Industrienationen, müssten zur Verantwortung gezogen werden. Man fordert eine Finanzierung der nötigen Maßnahmen durch die Industrienationen, um die Auswirkungen des Klimawandels zu hemmen. In diesem Sinne wurde auf dem VN-Klimagipfel 2009 in Kopenhagen ein Fond für die Anpassung an den Klimawandel beschlossen, in den die Industrieländer bis 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar einzahlen, um so die Entwicklungsländer bei Projekten zur Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen. Argentinien erhält jedoch kaum Mittel aus diesem Fond, da man keine eigenen Projekte vorgelegt hat.

Argentinien sucht noch nach einer nationalen Strategie gegen den Klimawandel. Andere Themen wie Sicherheit oder Wirtschaft bleiben wichtiger. Bis jetzt gibt es kein nationales Umweltprogramm, das diesen Namen verdient. So bleibt es bei den lokalen Initiativen gegen den Klimawandel, die in Anbetracht der globalen Komplexität des Wandels nur marginal etwas ausrichten können.

Beispiele bietet die Regierung der Stadt Buenos Aires mit dem Programm „Ciudad Verde“. Im Rahmen dieses Programms hat die Stadt begonnen Projekte gegen den hohen CO₂-Ausstoß der Großstadt zu lancieren. Mit Investitionen in das öffentliche Verkehrssystem, Fahrradwege und kostenlosen Fahrradverleih versucht die Stadt einen Anfang im Umweltschutz zu machen. Außerdem versuchen sie, auf die Vorteile der Mülltrennung aufmerksam zu machen und in Zusammenarbeit mit den Bürgern und öffentlichen Einrichtungen, den Abfall zu verringern. Der politische Ansporn dieser Projekte bleibt aber an erster Stelle,

die individuelle Lebensqualität zu verbessern und erst sekundär, eine nachhaltige Umweltpolitik anzustreben.

Auch im Bereich erneuerbare Energie liegen Argentinien Anstrengungen zurück. Mit seinen klimatischen und geografischen Bedingungen könnte das Land seinen gesamten Energiebedarf mit sauberen und erneuerbaren Energien abdecken, gar Energie exportieren, Berechnungen besagen, dass das Land den gesamten Kontinent per Windenergie mit Strom versorgen könnte. Argentinien besitzt mit den Anden als Wasserspeicher, den weiten Flächen mit konstantem Wind und hoher Anzahl an Sonnenstunden hervorragende Voraussetzungen für eine nachhaltige Produktion. Besonders im Bereich Windkraft hat das Land enormes Potenzial, das es bis jetzt jedoch kaum nutzt. Der Energiebedarf wird jedoch zum Großteil aus Energieimporten (Gas und Erdöl) gedeckt. 2008 gab das Land dafür 1,8 Milliarden US-Dollar aus. Diese Devisen für die Energieexporte stammen fast ausschließlich aus den Agrarexporten und verbundenen Steuern. Die einseitige Finanzierungsquelle macht die Energieversorgung sehr unsicher, umso mehr, da die Landwirtschaft stark vom Klimawandel beeinflusst wird. Diese Mittel könnten zudem in den nationalen Ausbau eines erneuerbaren Energiesektors investiert werden und so die zukünftigen Kosten senken und Innovation fördern. Dies hätte nicht nur klare wirtschaftliche Vorteile, sondern auch ökologische. Da jedoch der Strom stark vom Staat subventioniert wird, haben weder private Haushalte noch die Stromfirmen Anreiz, in alternative Energien zu investieren.

Das Gesetz 26.190/2006 verspricht einen ersten Wandel. Bis 2016 will Argentinien acht Prozent der elektrischen Energie aus erneuerbaren Quellen generieren. Den entsprechenden Firmen werden eine Zulage von 15 Pesos (rund 1,40 Euro) pro Megawattstunde und gewisse steuerliche Vorteile zugestanden. Jedoch liegt die staatliche Förderung für erneuerbare Energien in Argentinien unterdurchschnittlich und die protektionistische Wirtschaftspolitik erschwert den internationalen Wissenstransfer für eine neue Energieentwicklung erheblich und hemmt das Interesse von Investoren.

Deutschland ist in Argentinien für seine Vorreiterrolle in der Energiepolitik bekannt. In den Medien wird das Land als Pionier der erneuerbaren Energien und Energieeffizienz gehandelt. Deutschlands Entscheidung zur Abkehr von der Atomenergie war hier kurzzeitig von Interesse. Gleichwohl setzt die Regierung mit dem Bau neuer Reaktoren auf die Kernkraft. Grundsätzlich sind in Argentinien aber europäische und deutsche Initiativen und Politiken im Bereich Klima- und Energiepolitik wenig bekannt. Dies gründet auch auf dem

fehlenden politischen und gesellschaftlichen Diskurs zum Thema.

Aufgrund verschiedener Motive ist Argentinien ein wenig relevanter Akteur in der internationalen/multilateralen Klimapolitik. Zunächst, da das Land lediglich ein Prozent der globalen Emissionen produziert (die Methan-Ausstöße der Rinderzucht nicht eingerechnet). Aufgrund der ökonomischen und demografischen Entwicklung ist die Tendenz des Pro-Kopf-Ausstoßes steigend. Des Weiteren ist die nationale Diskussion über Energiepolitik und Energiewandel rudimentär. Das liegt auch am Fehlen von technologischen Ressourcen, um einen solchen in Gang zu setzen. Zudem sieht Argentinien seinen Einfluss im internationalen System schwinden und übt somit keine beeinflussende Rolle in der multilateralen Klimadiskussion aus. Grundsätzlich kann in Argentinien von einer geringen Beachtung des Themas gesprochen werden. Es besteht somit eine bemerkenswerte Distanz zwischen dem breiten internationalen und wenig vorhandenen nationalen Diskurs über Klimapolitik.

Nichtsdestotrotz bestehen für Argentinien Anreize, sich an einer multilateralen Diskussion und Ausarbeitung von globalen Rahmenrichtlinien zu beteiligen. Hier sind vor allem die Auswirkungen des Klimawandels, denen gegenüber das Land besonders sensibel ist, zu nennen. Als Agrarland können Schwankungen in den Ernteerträgen weitreichende Nachwirkungen auf die nationale Wirtschaft haben. Jedoch fehlt es noch an politischen Willen, sich aktiv in die Diskussion einzubringen und im Rahmen der Gremien der Vereinten Nationen für eine gemeinsame Klima- und Energiepolitik einzutreten. So scheint Argentinien als Trittbrettfahrer in einem möglichen globalen Vertrag, der Zugeständnisse für alle Mitgliedstaaten festsetzt. Während der 65. Plenarsitzung der Vereinten Nationen zum Klimawandel am 24. September 2010 kritisierte Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner: „Es ist nicht gerecht, dass die Entwicklungsländer die Verantwortung für die Auswirkungen des Klimawandels übernehmen müssen.“ Sie fügte hinzu: „Es ist nicht fair, dass die Entwicklungsländer, die mit ihrem wirtschaftlichen Wachstum mit Mühe die Armut vermindern konnten, nun genau jene sind, die die Verantwortung für die jahrzehntelange Verschmutzung anderer Länder übernehmen müssen.“ Diese Abwehrhaltung der argentinischen Regierung besteht bis heute, ohne Alternativen zu bieten.